

Bericht aus meiner Arbeit für die Sitzung des Landesbeirats zur Teilhabe behinderter Menschen am 16. Februar 2017

52. Treffen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern in Bremen

Anfang November 2016 fand das 52. Treffen der Beauftragten von Bund und Ländern statt. Schwerpunktthemen waren die Themen Psychiatrie und Bundesteilhabegesetz. Die Bremer Erklärung zur Weiterentwicklung der Psychiatrie in Deutschland wird mitgeschickt.

Im Nachgang zu der Sitzung wurde eine gemeinsame Erklärung der Beauftragten von Bund und Ländern zur Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes erarbeitet. Darin betonen wir die Änderungen des Bundesteilhabegesetzes im parlamentarischen Verfahren und weisen auf unsere weitere Begleitung der Umsetzung des Teilhabegesetzes in Bund und Ländern hin. Bei Bedarf werden wir auch notwendige Gesetzesanpassungen einfordern.

Die Treffen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern (gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, BAR) finden zweimal jährlich statt. Zusätzlich gibt es ein Treffen mit der Monitoringstelle beim Deutschen Institut für Menschenrechte im Frühjahr.

Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Seit Dezember bin ich an der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des BTHG beteiligt. Bei der Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation (BAR) in Berlin habe ich an einer Podiumsrunde zum Thema unabhängige Beratung mitgewirkt. Die BAR hat mich angefragt, bei Arbeitsgruppen zur Umsetzung des BTHG (besonders der erste Teil des SGB IX) mitzuwirken.

Inklusionsbeirat Bund

In Nachfolge für den baden-württembergischen Behindertenbeauftragten Gerd Weimer haben Joachim Steinbrück aus Bremen und ich die Vertretung der Landesbehindertenbeauftragten im Inklusionsbeirat zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei der Bundesbehindertenbeauftragten (als Tandem-Besetzung) übernommen. Hier werde ich mich im Fachausschuss Barrierefreiheit einbringen. Meine erste Sitzung wird am 23. Februar 2017 sein.

Runde bei den Staatssekretärinnen und Staatssekretären

Meine Gesprächsrunde bei den Staatssekretärinnen und Staatssekretären der Landesregierung ist fast beendet (der Termin mit Wirtschaftsstaatssekretärin Schmitt musste wegen Krankheit verschoben werden). Themen waren die Erhöhung schwerbehinderter Beschäftigter im Landesdienst, die Einbeziehung des Landesbeauftragten und des Landesteilhabebeirats bei Gesetzes- und Verordnungsvorhaben sowie die für Menschen mit Behinderungen wichtigen Vorhaben in der Wahlperiode.

Zusätzlich fand ein Kennenlerngespräch mit neuen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig statt.

Besuch bei der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen

Anfang Januar habe ich die Hochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen besucht. Bei dem Besuch habe ich die Hochschule kennen gelernt und die verstärkte Einbeziehung behinderte Beschäftigter und Studierender besprochen.

Der Besuch in Mayen war der Auftakt einer Besuchsreihe der Hochschulen für die Ausbildung im Landesdienst. Mit Besuchen in Edenkoben (Finanzverwaltung), Speyer (Universität für Verwaltungswissenschaften) und Schwetzingen (gemeinsame Ausbildung in Rechtspflege von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) will ich in diesem Jahr für die verstärkte Ausbildung schwerbehinderter Menschen für den Landesdienst werben.

Gespräch Wahlrecht

Gemeinsam mit dem Innenministerium, dem Landeswahlleiter und dem Fachreferat aus dem Sozialministerium fand ein Gespräch zum Thema Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen statt. Anlass war das mittlerweile fertig gestellte Gutachten des Bundes zu Wahlrechtsausschlüssen. Bei dem Gespräch war nach der Bewertung und Diskussion über das Gutachten wurde keine Einigung über die Streichung der Wahlrechtsausschlüsse im Landeswahlrecht erreicht. Hier soll auf ein für das erste Halbjahr 2017 erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgewartet werden.

Zusätzlich habe ich mit dem Landeswahlleiter ein gemeinsames Rundschreiben zur barrierefreien Durchführung der Bundestagswahlen an die Kommunen vereinbart.

Stellungnahmen

Zu folgenden Gesetzesvorhaben habe ich als Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen Stellungnahmen abgegeben:

- Versammlungsstätten-Verordnung
- Landesblinden- und Pflegegeldgesetz
- Landesverordnung über Rahmenbedingung nach § 79 Abs. 1 SGB XII

Weiteres

Zum Thema Flüchtlinge mit Behinderungen fand ein Sensibilisierungsworkshop der LAG Selbsthilfe für die Aufnahmeeinrichtungen des Landes statt. In Folge werde ich die Erstaufnahmeeinrichtungen in Trier, Ingelheim und Hermeskeil besuchen.

Beim Finanzministerium bin ich bei der Erarbeitung einer neuen Planungshilfe Barrierefreiheit beteiligt. Den Auftrag für die Erstellung der Broschüre hat das Büro Feddersen aus Berlin erhalten.

Beim Runden Tisch Musik im Kulturministerium bin ich zum Thema Musik und Inklusion beteiligt. Dazu wird es demnächst ein Best-Practice Wettbewerb mit dem Landesmusikrat geben.